

Sitzung Gemeinderat Windhagen am 07.09.2022

- Im Rahmen der Einwohnerfragestunde wurde von einem anwesenden Bürger auf herumliegenden Müll auf den Seitenstreifen des Windhagener Weges im Bereich des Ortseingangs Windhagen hingewiesen. Sein Anliegen war, die Gemeinde möge Einfluss nehmen auf die zuständigen Stellen, diesen Müll zu beseitigen, bevor durch die regelmäßigen Mähaktionen besonders der Plastikmüll immer weiter zu „Nanoplastik“ geschreddert werde.
Der Ortsbürgermeister nahm diese Anmerkung zur Kenntnis, konnte aber keine Antwort darauf geben, da es sich nicht um eine konkrete Frage handelte.

- Anschließend wurde vom zuständigen Planungsbüro der aktuelle Sachstand zur Planung der Kreuzung Freiberg L247/K30 vorgestellt.
Die geplante Kreisverkehrsanlage musste aus verkehrsrechtlichen Gründen planerisch ein Stück nach Nordosten (Richtung Asbach) verschoben werden. Diese Variante, die außerdem über eine Integration von Fuß- und Radwegen verfügt, wurde nun vorgestellt.
Aufgrund dieser Verlagerung sind weitere Prüfungen erforderlich, wobei dies, nach Vorliegen derer positiven Ergebnisse, einen Baubeginn des Kreisels frühestens in 15-20 Monaten realistisch erscheinen lässt. Ein von der Stadt Bad Honnef projektierte Fuß- und Radweg zwischen der Kreuzung Freiberg und dem Ortseingang Windhagen könnte schneller umgesetzt werden, vorausgesetzt die Verhandlungen zum notwendigen Erwerb von Grundstücksflächen verlaufen positiv. Die aktuell schätzbaren Gesamtkosten des Projektes werden brutto mit 3,9 Mio. Euro angegeben. Der Ortsbürgermeister wies darauf hin, dass die Windhagener Gemeindeleitung am 14.07.2016 einen Vertrag unterzeichnet hat, in dem die Kostenübernahme zu 100 % seitens der Gemeinde Windhagen zugesichert wurde.

- Der Bebauungsplan „Auf der alten Burg“ im Ortsteil Schweifeld, der bereits mehrfach im Gemeinderat behandelt worden war, wurde bei 4 Enthaltungen final im Rat beschlossen.

- Die Erneuerung der Stromzuführungskabel für die Flutlichtanlage auf dem Windhagener Sportplatz wurde einstimmig beschlossen. Die Fördergelder dazu sind bereits genehmigt. Der zusätzlich Wunsch seitens der Sportvereine, bereits beschaffte Heizstrahler für die Tribüne ebenfalls bei der Kabelverlegung zu berücksichtigen, wurde aufgrund der aktuellen Energiesituation im selben Beschluss abgelehnt.

- Zum Thema „Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED“ wurde vom Vertreter der Verbandsgemeinde erläutert, diese sei bereits begonnen und werde Zug um Zug weiter durchgeführt. Ein Antrag der Fraktion „Gemeinsam-Bürger für Windhagen“ zum Thema „Einsparungen bei der Straßenbeleuchtung“ wurde im direkten Zusammenhang mit bearbeitet. Es ging darin um die Feststellung des technischen Aufwandes und die dadurch anfallenden Kosten für einen Umbau des elektrischen Anschlussnetzes. Zurzeit wird die Straßenbeleuchtung der OG Windhagen durch viele verschiedene Anschlüsse, teils von außerhalb der Ortsgemeindegebietes, mit Strom versorgt und ist deswegen nicht zentral steuerbar. Eine zentrale Schaltung/Steuerung der Beleuchtung (automatisierte Nachtabschaltung / Dimmung) einzelner Straßen oder einzelner Laternen zur Reduzierung des Stromverbrauchs ist das Ziel der Erneuerung. Es wurde weiter ausgeführt, dass nach erfolgter Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED-Technik jede Leuchte separat ansteuerbar und programmierbar sei. Die Kosten der Umrüstung (hier wurde vom Rat betont, deren Umlage auf die Anwohner vermeiden zu wollen) könnten durch ein „Mietmodell“ ausschließlich den Haushalt der Gemeinde belasten. Es soll ein Gesamtkonzept dafür erstellt, bewertet und dem Rat zur weiteren Beschlussfassung vorgelegt werden. Dieses Vorgehen befürwortete der Rat einstimmig.
- Der Austausch bzw. Umbau der Lüftungsanlage im Forum wurde ebenfalls einstimmig beschlossen.
Nach dem Umbau wird der Anteil der Frischluftzufuhr deutlich erhöht sein, gleichzeitig wird die Wärmerückgewinnung aus der verbrauchten Abluft ebenfalls deutlich erhöht. Nur noch 30% der zugeführten Frischluft muss zusätzlich erwärmt werden.
- Der Antrag der CDU aus der letzten Ratssitzung, die Ortsgemeinde solle eine juristische Beratung durch eine Anwaltskanzlei zum Thema Photovoltaik- bzw. Windkraftanlage der Gemeinde Unkel vor den Toren des Windhagener Ortsteils Schweifeld in Anspruch nehmen und die dafür notwendigen Kosten übernehmen, wurde nach Stellungnahme der Verbandsgemeindeverwaltung erneut beraten. Nach längerer Diskussion wurde beschlossen, erst nach Vorliegen der Planunterlagen der Gemeinde Unkel eine juristische Prüfung der Rechte der Gemeinde Windhagen durch eine Fachanwaltskanzlei durchführen zu lassen. Die Kosten dafür sollen bei 3.000 Euro gedeckelt werden. Dies wurde bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen.
- Die dauerhafte Erweiterung der Lenkungsgruppe Wenten 2040 um die Leiter*innen der vier Handlungsfelder-Arbeitsgruppen wurde mit 9 Nein-Stimmen (des Ortsbürgermeisters und der CDU/FDP-Fraktion) abgelehnt. Für die Erweiterung votierten die Fraktionen der SPD, Bündnis90/DieGrünen und G-BfW mit insgesamt 9 Stimmen.
- Die Fraktion „Gemeinsam-Bürger für Windhagen“ hatte den Antrag gestellt, die Informationen der Kriminal- und Unfallstatistik für das Gebiet der Ortsgemeinde offiziell im Gemeinderat bekannt zu geben.
Es stellte sich heraus, dass der Ortsbürgermeister aufgrund seiner Mitgliedschaft im Polizeibeirat über diese Informationen verfügt. Er sagte zu, diese jährlich im Rat vorzustellen.

- Der Förderverein der Kita Spatzennest hatte für den Kindergarten diverse Möbel und einen Krippenbus im Gesamtwert von knapp 10.000 Euro beschafft.
Für diese Zuwendungen ist die Zustimmung des Gemeinderates erforderlich.
Diese wurde einstimmig erteilt.

- Mitteilungen der Ortsgemeinde:
 1. Die Verträge zur Energiebeschaffung für die Gemeinde laufen zum 31.12.2022 aus.
Aufgrund der aktuellen Lage gestaltet sich der Abschluss von neuen Verträgen schwierig.
Erst für 3 von 4 Losen liegen Angebote vor.
 2. Die Flutlichtanlage des Sportplatzes wird mit 35% der Kosten gefördert
 3. Für die gemeindeinterne Gewährung von Förderungen bei der Installation von Photovoltaik-Anlagen (Ratssitzung 23.02.2022) liegen Anträge für knapp 50.000 Euro vor.